Hallo liebe Streikende!

Es ist toll, dass wir heute alle hier sind, um auch für mehr Geld und mehr Urlaub für die Azubis zu kämpfen. Denn dummerweise haben wir nicht die selben Möglichkeiten wie die Politiker im Landtag, die vor genau einer Woche eigenmächtig beschlossen haben, ihr eigenes Budget zu erhöhen. Leider haben sie dabei vergessen ein vernünftiges Angebot beziehungsweise überhaupt ein Angebot für uns vorzulegen. Ich bezweifle, dass einer von denen schon mal von 600 Euro im Monat leben musste. Und das in einer Stadt wie Stuttgart, wo die Mietpreise inzwischen mit denen in Hamburg und München konkurrieren. Auch insgesamt wird das Leben nicht günstiger. Die Lebensmittelpreise steigen seit Jahren stärker als die Inflationsrate, die inzwischen auch wieder bei 2% angekommen ist. Doch ich will jetzt nicht sämtliche Preiserhöhungen runter beten, denn ich bin mir sicher, dass wir uns einig sind, dass 90 Euro mehr im Monat auf keinen Fall überzogen sind.
Auch beim Urlaub sehe ich ehrlich gesagt keinen Grund, warum man als Azubi weniger haben sollte, als die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb.

Doch ich möchte hier noch mehr ansprechen, was uns auf dem Herzen liegt. Seit der Jahrtausend-wende und insbesondere der Agenda 2010 haben sich die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt massiv verschlechtert. Auch im öffentlichen Dienst haben prekäre Beschäftigungen massiv zugenommen. Inzwischen ist es Standard, dass junge Beschäftigte nach ihrer Ausbildung möglichst lange befristet beschäftigt werden. Die Befristungen sind dabei in der Regel grundlos. Da dies den Start in das Berufsleben unnötig unsicher macht, fordern wir auch einen Ausschluss sachgrundloser Befristungen und eine verbindliche Übernahmeregelung.

Zum Schluss möchte ich noch alle die jungen Menschen hier aufrufen sich noch mehr in das politische Geschehen einzumischen.
Denn im Moment haben wir eine Stimmung im Land und in Europa die sich stark nach rechts bewegt. In den letzten 2 Jahren hat die rechtspopulistische AFD in allen Wahlkämpfen beängstigende Erfolge errungen und es geschafft rassistische Parolen wieder salonfähig zu

machen. Dieses Jahr wird sie mit ziemlicher Sicherheit in den Bundestag einziehen. Auch im europäischen Umland sind rechte Kräfte im Vormarsch. In Frankreich hat die rechtsradikale Partei Front Nationale und ihre Kandidatin Marine Le Pen realistische Chancen die diesjährige Präsidentschaftswahl zu gewinnen. In den Niederlanden liegt der Rassist und Rechtspopulist Geert Wilders mit seiner sogenannten "Partei für die Freiheit" bei den Umfragen zur den Parlamentsahlen klar vorne.

Zusätzlich sind wir mit einer neuen Welle der Militarisierung konfrontiert. Von der Leyen will, dass Europa sich emanzipiert und offensiver wird. Überall hängen Werbeplakat für die Bundeswehr und erste Teile der deutschen Eliten träumen offen von einer eigenen atomaren Bewaffnung. Ganz nebenbei ist die BRD der viert größte Waffenexporteur der Welt mit fragwürdigen Abnehmern wie zum Beispiel den Vereinigten Arabischen Emiraten oder dem Kongo.

Solidarität und Gleichberechtigung sind wichtige Grundpfeiler der Gewerkschaftsarbeit und müssen auch in allen anderen Bereichen unseres Lebens eine Rolle spielen. Darum müssen wir uns immer wieder dafür einsetzen, dass wir alle in einer Gesellschaft frei von Sexismus, Faschismus und Krieg leben können. Egal welches Geschlecht, welche Hautfarbe oder Religion jemand hat, wir sollten alle gleichberechtigt sein.
In diesem Sinne ist es heute wichtig auf der Straße zu sein und weitere Beschäftigte für ver.di und den Streik zu gewinnen, damit wir mehr werden und unser Durchsetzungsvermögen steigt. Aber es ist auch wichtig, im Betrieb und in der Gesellschaft die Augen vor Ungerechtigkeiten nicht zu verschließen und aktiv gegen sie vor zu gehen.